

## **Auftaktrede zum globalen Aktionstag des Bündnisses STOP-TTIP/kiel (18.4.2015, Jascha Jaworski)**

Ich soll auf jene Aspekte der angedachten Handelsabkommen (also TTIP, CETA und TiSA) eingehen, die sich auf demokratiebezogener Ebene auswirken.

Zunächst einmal das Positive. Hier fällt mir bei den Abkommen nur ein einziges Element ein, das sich vorteilhaft auf die Demokratie auswirkt: Der aufkommende Wille, die Abkommen zu verhindern.

Denn er hat mittlerweile dazu geführt, dass sich allein in Europa über 400 zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Organisationen in diesem Anliegen verbündet haben. Hinzu kommen die Bündnispartnerinnen und Bündnispartner u.a. aus Kanada und den USA.

Der Wille, die Abkommen zu verhindern, hat dazu geführt, dass bisher bereits über 100 Kommunen allein in Deutschland Beschlüsse gegen ihre Einführung gefasst haben. Sie wollen sich ihr Recht auf kommunale Selbstbestimmung nicht aushebeln lassen. Somit stellen sie sich gegen die Vorhaben der deutschen Regierung und der EU-Kommission.

Der Wille die Abkommen zu verhindern, hat außerdem dazu geführt, dass bereits jetzt über 1,6 Mio. Menschen in den betroffenen Ländern Europas ihre Unterschrift abgegeben haben, um sich gegen die Abkommen zu stellen. Dies erfolgt im Rahmen einer europäischen Bürgerinitiative, die die EU-Kommission unter Angabe fadenscheiniger Gründe nicht gelten lassen will. Die Initiative lässt sich davon nicht beirren.

Und der Wille, die Abkommen zu verhindern, bringt heute uns und weltweit viele viele Menschen auf die Straße, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen. Wir wollen ein Zeichen setzen und zugleich andere Menschen über das Projekt und seine verheerenden Auswirkungen informieren.

Insofern lässt sich also zumindest **ein** demokratisch positives Element an den Abkommen ausmachen: Es mobilisiert viele Menschen. Das war es dann aber auch schon.

Alles Weitere, was von den geplanten Abkommen bekannt ist, liest sich nämlich, wie ein großer Entsorgungsplan für die noch vorhandenen Rechte auf Selbstbestimmung und demokratische Teilhabe. Es liest sich, wie der beschleunigte weitere Abbau jener verbliebenen Rechte, die bislang noch nicht den Marktgesetzen unterworfen wurden und deren Unterwerfung nun in internationale Verträge gegossen werden soll. Diese Verträge sind dann nach Inkrafttreten unkündbar.

Und das alles erfolgt zugunsten v. a. der Konzerne und einer rücksichtslosen Profitsteigerung. Der Ausdruck „rücksichtslos“ ist dabei keine Übertreibung, sondern traurige Erfahrung vieler Menschen weltweit.

Was sind nun die stärksten anti-demokratischen Hebel, die den Abkommen zugrunde liegen?

Am bekanntesten sind wohl die geplanten Schiedsgerichte, die eine private Paralleljustiz einführen. Vor dieser können Unternehmen ganze Staaten verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch neu eingeführte Regelungen zum Umweltschutz, Verbraucherschutz oder etwa durch eine Verbesserung der Arbeitsrechte geschmälert sehen.

Welch wirkungsvolle Dienste solch ein System leistet, sehen wir an den jüngsten Urteilen durch internationale Schiedsgerichte, die gegen Kanada und Argentinien ergangen sind.

Kanada muss nun 405 Mio. Dollar an den US-Konzern Bilcon zahlen. Dieser ist mit seinem Bergbauvorhaben durch die Umweltverträglichkeitsprüfung in Kanada gefallen und lässt sich nun seine frustrierte Gewinnerwartung mit 405 Mio. Dollar vergüten, die aus der kanadischen Gemeindegasse entnommen werden.

Argentinien muss 300 Mio. Dollar an den Wasserkonzern Suez zahlen. Nach der schädlichen Privatisierung in den 90er Jahren hatte Argentinien seine Wasserversorgung zurück in die öffentliche Hand geholt. Suez klagte, und gewann.

Ob diese sog. „Gerichte“ nun von privaten Wirtschaftsanwälten, die bis zu 1000 Dollar in der

Stunde bekommen, betrieben werden, oder - wie von Minister Gabriel als Beruhigungsspiel vorgeschlagen - von Berufsrichtern, ist da nur noch von zweitrangiger Bedeutung.

Sie stellen jedenfalls eine mächtige Instanz dar. Eine mächtige Instanz, um demokratische Entscheidungen durch das Druckmittel horrender Entschädigungszahlungen zu verhindern.

Eine absurde Idee! Da sollen die Menschen in einem Land mit Steuergeld dafür zahlen, dass sie demokratische Entscheidungen getroffen haben, die sich negativ in der erwarteten Gewinnrechnung privater Konzerne niederschlagen.

Das ganze System kann man betrachten als eine Versicherung der besonderen Art. Diese Versicherung wird von der Öffentlichkeit bezahlt, um die Geschäftsrisiken der Privatwirtschaft abzudecken. Als Geschäftsrisiko gilt dabei jedoch die Öffentlichkeit selbst.

Das ist die Demokratie, die sie meinen!

Ein zweiter anti-demokratischer Hebel, der bislang weniger bekannt sein dürfte, ist die sog. regulatorische Kooperation. Diese soll in Form von sog. Regulierungsräten eingeführt werden.

Wenn diese Instanzen mit den Abkommen umgesetzt würden, erhielten Unternehmen die Möglichkeit, zukünftige Regeln und Gesetze daraufhin zu überprüfen, ob sie ein sog. Handelshemmnis darstellen.

Sie sollen dabei – wie man es bereits im Handelsabkommen mit Kanada nachlesen kann – zum „frühest möglichen Zeitpunkt“ eingeschaltet werden. Noch bevor Parlamentsabgeordnete Gesetzesvorhaben vorgelegt bekommen, könnten Unternehmen also auf ihre Änderung oder gar ihre Verhinderung drängen.

Auch die bereits bestehenden Regeln und Gesetze sollen nach Inkrafttreten der Abkommen überprüft werden. Deshalb verstehen sich die Abkommen auch als „lebendige Abkommen“ („living agreements“). Nach Inkrafttreten wachsen sie mehr und mehr in das Gesetzeswesen hinein.

Die Instanzen selbst waren natürlich die Idee der Kapitaleseite. Der europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope und die US-amerikanische Handelskammer waren es, die diesen Vorschlag im Verhandlungsprozess durchgesetzt haben.

Die neue Superschnittstelle für Lobbyisten – das muss man sich vor Augen halten - ist dabei angedacht in einer EU, in der auf 700 Parlamentsabgeordnete bereits jetzt zehntausende bestens ausgestattete Wirtschaftslobbyisten kommen.

Das hat alles nichts mit Demokratie zu tun. Was Minister Gabriel jedoch pauschal mit dem Ausdruck „hysterisch“ wegzuwischen versucht, hat die Grundwertekommission seiner eigenen Partei zumindest erkannt.

Dazu zitiere ich aus dem Papier der SPD Grundwertekommission vom Januar 2015:

*„Welche Schlussfolgerungen zu TTIP ergeben sich nach sozialdemokratischen Kriterien?“*

*1) Die politische Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zur wirtschaftspolitischen Gestaltung wird durch das veränderte Verständnis von Handelshemmnissen beschränkt, denn damit greift das Abkommen in die binnenwirtschaftliche Angebotsstruktur und Ordnung ein - sowohl diesseits wie jenseits des Atlantiks. Das wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einer marktkonformen Demokratie, die demokratische Prozesse zur Disposition stellt.“*

- Zitat Ende

Wo sie Recht haben, haben sie Recht! Doch Gabriel und seine Führungstruppe, scheint sich darum wenig zu scheren.

Es wäre noch viel zum Thema Demokratie zu sagen: wie die Abkommen im Geheimen ausgehandelt werden, wie selbst Abgeordnete von Einblicken abgehalten werden, wie die Verhandlungen ohne vorherige Anhörung der Zivilgesellschaft betrieben werden, wie Negativlisten und Stillstandsklauseln Verhandlungsergebnisse für die Ewigkeit zementieren sollen...

Als attac Mitglied möchte ich jedoch noch einen anderen, und damit letzten Punkt zum Thema Demokratie ansprechen:

Die Abkommen sind natürlich ganz im Geiste jener, die die Idee des **totalen** Wettbewerbs nicht nur vertreten, sondern von ihr als übergeordnetem Lebensprinzip auch geradezu besessen sind.

Alles muss „wettbewerbsfähiger“ werden, und dazu muss zunächst einmal alles dem Wettbewerb unterworfen werden. Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und eben auch ganze Bevölkerungen. - So, wie man aus diesem Grund in Griechenland eine ganze Bevölkerung in die humanitäre Krise gezwungen hat.

Sie sollen auf einem Weltmarkt, möglichst mit wenig Schutzrechten und vielen Risiken gegeneinander antreten.

Von Risiken befreit werden hingegen die Konzerne. Die werden mit zusätzlichen Versicherungssystemen ausgestattet, die aus der Gemeindekasse finanziert werden (wie oben angesprochen).

Damit verbunden ist, dass nicht einmal mehr die parlamentarische Ebene, durch Wahlen legitimiert, die Geschehnisse steuert, sondern die Unternehmen und Kapitalgruppen direkt, die gemeinsam das „Diktat der Märkte“ darstellen.

Wir mögen unterschiedlich weitgehende Vorstellungen davon haben, wie Demokratie einst aussehen könnte. Eines haben wir aber gemeinsam – neben sicherlich vielen weiteren Dingen - und das eröffnet eine vielversprechende Handlungsperspektive:

Wir wissen, was Demokratie nicht ist, wir wissen, was ihr glattes Gegenteil ist. Nämlich diese Handelsabkommen. Und deshalb sind wir heute hier und wollen sie verhindern.

Ich wünsche uns eine gelungene Demonstration!